Anfang Februar hat der Deutsche Bank-Chef mal wieder eine Rekordbilanz vorgestellt. Trotz einiger „Sturmschäden“ im Investmentbanking durch die amerikanische Hypothekenkrise sei die Bank glimpflich davon gekommen, weil sie – anders als andere Banken – rechtzeitig reagiert habe.
Am 15. Februar hat Albrecht Müller aus Anlass eines Berichts im Focus um Rechercheunterstützung gebeten, ob Ramschhypotheken auch der Deutschen Bank auf die IKB verschoben wurden. Die NachDenkSeiten haben dazu viele sachkundige Hinweise bekommen, die allerdings nicht hart belegbar sind.
Nun hat diese Frage auch die Bundesregierung erreicht: Der CSU-Abgeordnete und frühere bayerische Umweltminister Peter Gauweiler will vom Bundesfinanzminister wissen, wie weit die Deutsche Bank in die Fehlspekulationen der IKB verwickelt war. Wolfgang Lieb

Gauweiler verweist in einem Brief an Steinbrück auf die angeblich “außergewöhnlich hohen Umsätze in IKB-Aktien” vor Ausbruch der Krise. “Es drängt sich der Verdacht von Insidergeschäften durch Leerverkäufe auf”, schreibt er und fragt nach dem Volumen der Geschäfte, die die Deutsche Bank mit “Subprime Anleihen” mit der IKB abgewickelt habe. “Trifft es zu, dass trotz ihrer Spekulationen auf fallende Kurse die Deutsche Bank weiterhin Subprime Anleihen zu dann ja erkennbar überhöhten Werten an die IKB und an Landesbanken in ganz Deutschland verkauft hat und dass die Deutsche Bank jedenfalls die IKB nicht über ihre Einschätzung dieser Papiere informiert hat?”

Auf die Antwort der Bundesregierung darf man gespannt sein.

Es wäre eine geradezu geniale Idee von Ackermann und anderen deutschen Privatbankern gewesen, ihre faulen Papiere beim Ruchbarwerden der Subprime-Krise in Deutschland an die staatlichen Banken (WestLB, SachsenLB) oder an die IKB zu verkaufen, die im Jahre 2001 auf Anweisung von Bundesfinanzminister Eichel zu 38 Prozent von der Allianz in den Besitz der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) überging.

Mit insgesamt wohl 12 Milliarden musste inzwischen der Steuerzahler für die Fehlspekulationen dieser staatlichen Banken und der IKB gerade stehen, während die privaten Banken bei der Rettung vor der Insolvenz nur einen Bruchteil beitrugen.

Dass die Deutsche Bank jedenfalls besser und viel früher als viele andere Banken und vor allem auch als die Landesbanken wusste, was sich hinter den „Forderungsbesicherten Wertpapieren“ (ABS) verbarg, kann man daran ablesen, dass die Deutsche Bank Trust Company in vorderster Front als Treuhänder der Kreditverträge aktiv war.

Schon im Oktober letzten Jahres erkannten amerikanische Gerichte die Deutsche Bank als

Gläubiger der notleidend gewordenen Kredite gar nicht erst an. Damit war klar, dass die hinter diesen Wertpapieren stehenden Forderungen wertlos oder zumindest nur noch schwer eintreibbar waren. „Laut einer Capital vorliegenden amtlichen Liste der amerikanischen Konkursgerichte werden seit Jahresbeginn 9200 Fälle gezählt, bei denen die Deutsche Bank oder ihre Tochterunternehmen als Gläubigerpartei vertreten sind ."

Es gäbe also genügend Anlass für die großen Wirtschaftsredaktionen, hier Licht ins Dunkel eines naheliegenden Verdachtes zu bringen. Man darf gespannt sein, ob sie für diese journalistische Aufklärungsarbeit genausoviel Engagement aufbringen wie ihre Leitartikler für die Kampagne zur Privatisierung der öffentlichen Banken und Sparkassen.